



Interviews

Datum: 09. Mai 2023

Terry Reintke, Co-Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament, im Gespräch mit Jasper Barenberg

Jasper Barenberg: Am Telefon ist Terry Reintke, die Co-Vorsitzende der Grünen im Europäischen Parlament. Schönen guten Morgen.

Terry Reintke: Guten Morgen.

Barenberg: Frau Reintke, wir haben es gerade im Beitrag gehört. Es ist eine Chance für Olaf Scholz, die Skeptiker zu überzeugen. Wie groß schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass Scholz diese Gelegenheit nutzt?

Reintke: Hoffnung ist auf jeden Fall noch da, weil mein Eindruck ist, dass es in den letzten Tagen auch noch mal sehr klar rübergekommen ist, wie groß die Kritik gerade im Europäischen Parlament an der Europatauglichkeit – so wurde es ja eben genannt – des Bundeskanzlers ist, und das nicht nur, weil in den letzten Monaten mit der Debatte um das Verbrenneraus noch mal wirklich viel Porzellan zerschlagen worden ist, sondern auch, weil häufig keine wirkliche Strategie hinter dem, was Scholz da macht, zu erkennen ist. Dafür hoffe ich mir heute ein paar klare Formulierungen zu den zentralen Reformvorhaben, die in dieser Legislaturperiode noch kommen sollen, aber auch eine Anknüpfung an seine Prager Rede, wie wir die Europäische Union eigentlich institutionell weiterentwickeln müssen, um sie handlungsfähig und stark für die Zukunft zu machen.

Barenberg: Wann haben Sie sich denn das letzte Mal geärgert, wenn es um Scholz und um die Europäische Union ging?

Reintke: Na ja. Ich würde sagen, die Diskussion, die wir in den letzten Monaten zu diesem ja bereits beschlossenen Aus des Verbrennungsmotors hatten, war schon auf jeden Fall ein Höhepunkt. Aber das kam von einem Hintergrund von wirklich Monaten von, glaube ich, auch enttäuschten Erwartungen. Scholz hat, nachdem die brutale Eskalation dieses Angriffskrieges auf die Ukraine passiert war, eine Zeitenwende-Rede gehalten, richtigerweise, und

hat dann aber in den Diskussionen und in der Umsetzung dessen aus Straßburger und Brüsseler Sicht und auch von vielen Hauptstädten aus den Mitgliedsstaaten nicht geliefert, sondern war im Grunde genommen immer der Zauderer und Zögerer. Ich hoffe, dass wir heute am Europatag – die Kommissionspräsidentin ist ja heute in Kiew – auch noch mal ein klares Solidaritätsbekenntnis mit der Ukraine haben, weil wir eine geeinte, eine starke Europäische Union jetzt nicht nur in dieser Auseinandersetzung brauchen, sondern auch, wenn wir uns andere außenpolitische Herausforderungen anschauen.

Barenberg: Aber, wo Sie das gerade erwähnen, auch den Besuch von Ursula von der Leyen in Kiew heute: Kann man Olaf Scholz, kann man dem Bundeskanzler wirklich vorwerfen, dass er es an Solidarität, an Unterstützung mit der Ukraine hat vermissen lassen?

Reintke: Am Ende sind ja dann viele Sachen passiert, aber der Druck musste häufig sehr groß werden, und das ist das – das ist ja auch im Beitrag noch mal klar geworden -, was viele hier gerne anders hätten. Viele sagen, Deutschland als bevölkerungsreichster Mitgliedsstaat der Europäischen Union müsste doch mal vorangehen in Fragen, wie wir uns zum Beispiel in der China-Politik aufstellen wollen, wie wir die Europäische Union zukunfts-fest für die grüne Transformation machen, jetzt auch bei Fragen, wie wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt reformieren wollen, und da wirkt es häufig so, dass Olaf Scholz abwartet, erst mal schaut, wie sich das Feld darstellt, und sich erst dann aus der Deckung traut. Ich kann noch mal sagen: Es passiert am Ende dann doch irgendwann was, aber nicht mit der Verve und dem Schwung, die man sich eigentlich wünschen würde.

Barenberg: Sie haben jetzt gesagt, in Ihren Augen handelt Scholz oft zu abwartend, zu zögerlich. Andere werfen ihm oder haben ihm vorgeworfen in den europäischen Hauptstädten, dass die deutsche Politik, dass die Politik des Kanzlers geradezu egoistisch sei und rücksichtslos, insbesondere etwa gegenüber kleineren Mitgliedsstaaten. Soweit gehen Sie nicht?

Reintke: Na ja. Diese Debatte um den Doppelwumms und die Frage gerade in Krisen, wie wir uns jetzt für die Zukunft industriepolitisch aufstellen, die hat hier schon viele Fragezeichen aufgeworfen. Ich glaube, in vielen europapolitischen Fragen ist Olaf Scholz sehr zögernd gewesen. In anderen Fragen hat er sich häufig sehr national orientiert und da ist es wichtig, heute, glaube ich, auch noch mal ein Signal zu setzen, dass wir einerseits mit zum Beispiel der Flexibilisierung des Beihilferechts die Industrie unterstützen wollen, andererseits auch zum Beispiel mit einem Souveränitätsfonds anderen europäischen Ländern, die das nicht aus einem eigenen Haushaltsvolumen machen können, auch eine Unterstützung bereitstellen wollen. Das wären die Signale, die sich viele im Europäischen Parlament jetzt gerade wünschen würden. Wir haben noch ein Jahr bis zur nächsten Europawahl. Es gibt noch

einige Dinge, die wir über die Linie bringen wollen im Europaparlament, und dafür brauchen wir heute noch mal Schwung von dieser Scholz-Rede.

Barenberg: Sie haben jetzt die Beihilfen angesprochen und Investitionen in grüne Projekte und Energien. Wo geht Ihnen die Position des Bundeskanzlers nicht weit genug?

Reintke: Ganz konkret bei der Frage von, wir wollen gemeinsam die europäische Industrie transformieren, wir wollen sie dekarbonisieren. Dafür wird es Investitionen brauchen. Ist Berlin bereit, da auch auf europäischer Ebene Gelder zur Verfügung zu stellen? Wir wissen, wir als Europäisches Parlament haben da nicht die weitgehenden Möglichkeiten, wie das in Nationalstaaten der Fall ist. Deswegen brauchen wir immer wieder die Mitgliedsstaaten, die da mitmachen, die sagen, wir nehmen da im Zweifel auch Geld in die Hand, um die Europäische Union zukunftsfest zu machen. Das würde ich mir heute als Signal von Olaf Scholz wünschen.

Barenberg: Olaf Scholz hat ja immer wieder mal deutlichgemacht, unter anderem auch in seiner Rede in Prag im vergangenen Sommer, Europa muss aus seiner Sicht unabhängiger, souveräner und stärker werden. Was ist an diesen Zielen unklar oder zu zögerlich?

Reintke: Das Ziel, was Olaf Scholz in seiner Rede in Prag dargestellt hat, wo er hinmöchte, das teilen viele Menschen im Europäischen Parlament. Die Frage ist eher, was ist denn jetzt der konkrete Zeitplan, da hinzukommen. Wir hatten ja in der Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union sehr intensive Debatten mit Bürgerinnen und Bürgern. Die haben daraus Reformvorhaben und Vorschläge entwickelt. Wir als Europäisches Parlament würden jetzt gerne einen europäischen Konvent noch vor der nächsten Europawahl einberufen und sagen, wir müssen auch über konkrete Vertragsänderungen sprechen, um zum Beispiel so was wie die Einstimmigkeit in außenpolitischen oder steuerpolitischen Fragen anzugehen. Dafür würde ich mir heute von Olaf Scholz ganz konkrete Unterstützung wünschen, nicht im Ungefähren, sondern im ganz Konkreten, ich werde mich im Rat dafür einsetzen, die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass es so einen europäischen Konvent als Verlängerung der Debatten aus der Konferenz zur Zukunft der Europäischen Union gibt, weil wenn Deutschland so was möchte, das kann ich Ihnen sagen, dann ist die Wahrscheinlichkeit, dass das erfolgreich sein wird, sehr, sehr viel höher.

Barenberg: Ein letztes Thema will ich noch ansprechen, weil das auch sehr konkret ist. Es geht viel um Migration und Asyl, hier in Berlin, aber auch seit Jahren vergeblich in Europa.

Muss man da sagen, in dem Fall müssten sich die Grünen bewegen, etwa in Richtung von Verfahren entlang von EU-Außengrenzen, damit es überhaupt vorangehen kann?

Reintke: Wir sind ja gerade in den Debatten zu diesem Asylpaket. Ich wünsche mir auch da von Scholz heute ein Signal, dass die Bundesregierung sich dafür einsetzt, dass es eine Einigung geben wird, aber nicht um jeden Preis, weil nicht nur die Frage von geordnetem Grenzmanagement ist zentral, sondern auch, dass wir endlich wieder rechtsstaatliche Verhältnisse an unseren Außengrenzen herstellen. Das ist derzeit nicht der Fall. Da lässt auch der Vorschlag der Europäischen Kommission noch einiges vermissen. Wir im Parlament gehen da in eine bessere Richtung. Die Verhandlungen starten jetzt, erst im Rat und dann weiter zwischen den Institutionen. Auch da hoffe ich, dass der Kanzler noch mal klarmacht – er kommt ja selber aus einer Stadt, die aufgrund von Weltoffenheit mächtig und reich geworden ist -, dass wir uns als Europäische Union nicht abschotten wollen, sondern dass wir Asylrecht und Rechtsstaatlichkeit an den Außengrenzen verteidigen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.